



Mit „Tag der Schändung“, wie ihn der Demonstrant auf diesem Bild proklamiert, ist jener 6. Januar eigentlich trefflich beschrieben

FOTO: CHIP SONOVILLAGE/GETTY IMAGES

geschlagen. „Beamte lagen blutend auf dem Boden“, sagte sie. Sie sei im Blut ausgerutscht.

Die erste Sitzung, offenbar von 20 Millionen Fernsehschauern gesehen, sollte mit eingespielten Videos von Trumps Generalstaatsanwalt William Barr und Beraterin Ivanka Trump vorführen, dass man im en-

Trump sieht im 6. Januar 2021 die größte Bewegung in der Geschichte der USA

gen Kreis nicht wirklich an die Lüge vom Wahlbetrug glaubte. Er sehe keinen Hinweis auf irreguläre Ergebnisse, will Barr zum Präsidenten gesagt haben. Die weitverbreitete These von verfälschenden Auszählmaschinen sei „vollkommener Unsinn“. Ivanka Trump, Tochter des Präsidenten, meinte, Barr habe sie beeindruckt.

Nur wenige republikanische Politiker nehmen groß Notiz von den Anhörungen. Trump geht es um Trump, nicht um ein großes ideologisches Projekt. Er hat bereits vor Jahren erkannt, dass es einen Markt gibt für seinen aggressiven Politikstil, der vorgibt, normale Amerikaner zu verteidigen, die sich nicht repräsentiert fühlen. Die alte Ordnung in der Republikanischen Partei war verfault, sodass Trump damit leichtes Spiel hatte. Das machen ihm jetzt republikanische Politiker nach mit dem Kulturkampf, mit Schusswaffenrechten, Hetze gegen Einwanderer, gegen LGBT – den Angriffen auf die Elite. Sie mögen nicht die größte Bewegung sein, doch Trumps Leute sind verwurzelt im weißen Amerika, auch in der Arbeiterschaft, definitiv in der Mittelklasse und im Protestantismus.

Bhaskar Sunkara, Gründer des linken Magazins *Jacobin*, hat das Problem linker Demokraten in der Auseinandersetzung so zusammengefasst: Diese Gruppe sei „groß genug, um in Teilen des Landes politisch präsent zu sein, doch viel zu unorganisiert und machtlos“, um ein Programm umzusetzen. Die Rechten sind rücksichtsloser beim Umgang mit der Macht. Sie haben Trump gewählt, weil er Trump ist. Die Justiz macht beim 6. Januar bisher nicht auf harten Staat. Viele Teilnehmer am Sturm erhielten Bewährungsstrafen.

Im Blut ausgerutscht

USA Anhörungen zum Kapitolsturm 2021 sind etwas für die Geschichtsbücher, werden aber kaum Wahlen entscheiden

■ Konrad Ege

Was am 6. Januar 2021 im Kapitol geschah, sei „der Höhepunkt eines versuchten Staatsstreichs“ gewesen. Mit diesen Worten hat Bennie Thompson, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, den Ton gesetzt für die Kongressanhörungen zu Donald Trumps Aufstand gegen seine Wahlniederlage. Der Staatsstreich ging nicht zu Ende mit der Räumung des Kapitols, das demokratische und verfassungstreue Amerika kommt schlecht damit zu recht. Trump und seine Anhänger wollten seinerzeit die Amtübergabe an Joe Biden stoppen. Es habe nicht nur eine großwahnwitzige Truppe spontan randaliert um den viel fotografierten Schamanen mit Hörnern und Flagge, so die stellvertretende Ausschussvorsitzende, die Republikanerin

Liz Cheney: „Präsident Trump hat den Mob gerufen, er hat den Mob versammelt, und er hat die Flamme des Angriffs entzündet.“

Der Rückblick erheitert: Man musste den Sturm auf die Demokratie eigentlich kommen sehen, hätte man den Mann mit der orangen Haartracht ernst genommen. Lange vor dem 6. Januar erboste sich Trump über mutmaßlichen Wahlbetrug der Eliten, berief sich auf alternative Fakten und stempelte die Presse zum „Volksfeind“. Er hatte die im Kapitol gewalttätigen „Proud Boys“ Monate zuvor öffentlich aufgefördert, sie sollten sich bereithalten – „stand back and stand by“.

Vergleiche zu den Watergate-Anhörungen im Senat über Präsident Richard Nixon vor einem halben Jahrhundert, die den Weg bereit hatten zu dessen Rücktritt im August 1974, sind nur begrenzt nützlich. Nixon wurde fallengelassen von seiner Partei. Bei Trump ist das anders. Die Demokraten waren bisher nicht sehr erfolgreich

gegen ihn. Zwei Amtsenthebungen wurden versucht, zweimal sind sie gescheitert. Die Republikaner halten zu ihrem Mann.

Milde Justiz

Die jetzigen Hearings sollen den Demokraten Rückhalt geben für die Zwischenwahlen im November und die Geschichtsbücher füllen. Was passiert ist im Kapitol, soll lückenlos dokumentiert sein, um die dafür politisch Verantwortlichen zu disqualifizieren. Manche Gegner des Ex-Präsidenten hoffen auf Anklageerhebung gegen Trump, damit diesem Mann endlich einmal der Prozess gemacht wird. Die Entscheidung liegt bei Generalstaatsanwalt Merrick Garland. Womit man bei einer Kernfrage wäre: Was zeichnet sich ab für die nächsten Wahlen? Trumps Getreue schüren weiter das Feuer um die Lüge vom Wahlbetrug. Trump selbst schrieb auf seiner Plattform Truth Social: „Der 6.

Januar war nicht einfach ein Protest, er repräsentierte die größte Bewegung in der Geschichte unseres Landes.“

Zum amerikanischen Glauben, besonders links von der Mitte und in einem Teil der Medien, gehört die Ansicht, trotz zahlreicher Widrigkeiten würden im Laufe der Zeit mehr Gerechtigkeit und Freiheit entstehen in den USA. Das ist nicht falsch, hat man doch die Sklaverei besiegt, Bürgerrechte erkämpft, rechtlich verankerte Diskriminierung abgebaut und die politische Bühne frei gemacht für mehr und diverse Menschen. Es ist ein schöner Satz, den Politiker wie Barack Obama gern sagen: „Der Bogen des moralischen Universums“ neige sich in Richtung Gerechtigkeit.

Der 6. Januar und die trumpistische Bewegung zeigen, dass es keine Zwangsläufigkeit gibt bei diesem Prozess. Eine der ersten Augenzeugen war die 31-jährige Polizistin Caroline Edwards. Sie hatte sich dem Sturm entgegengestellt und wurde nieder-

ANZEIGE

Kill Your Playlists.

Listen To Beats Radio.

Jetzt bundesweit auf DAB+

ORGANIC & DEEP HOUSE, CHILL ELECTRONICS, INDIE DANCE, ENGLISCHE NEWS

Eine Audio-Brand von Klassik Radio

Nuklearer Winter im Sommer?

Ukraine-Krieg Es würde weltweit dunkler, dazu die Atmosphäre deutlich kühler, sollten Kernwaffen zum Einsatz kommen

■ Hans-Georg Ehrhart

Angesichts der Lage in der Ukraine hat sich das Nationale Sicherheitsarchiv, eine US-Nichtregierungsorganisation, zu Wort gemeldet. Sie publiziert eine Reihe von Expertisen aus den 1980er Jahren, die auf Folgen eines „nuklearen Winters“ hinweisen. Damit gemeint sind die Verdunkelung und Abkühlung der Erdatmosphäre als Folge eines Atomkriegs. Dessen Wahrscheinlichkeit möge trotz des Ukrainekrieges derzeit nicht hoch sein, so die Herausgeber, käme es aber dazu, wären katastrophale Konsequenzen weltweit zu spüren. So prognostizierte die US Defence Nuclear Agency 1984 ein „atmosphärisches Trauma mit ernsthaftem Potenzial für schwerwiegende Auswirkungen“ für Wetter und Klima. Andere Studien verwiesen auf desaströse Schäden für Landwirtschaft und Umwelt. Experten befürchteten, dass selbst regional begrenzte Nuklearkriege ernste globale Effekte haben könnten.

Gemach, gemacht, ließe sich einwenden. Erstens existiert der nukleare Winter nur in der Theorie, zweitens haben die beiden Protagonisten eines solchen Szenarios, die USA und Russland, kein Interesse an einem thermoklearen Konflikt, der die eigene Existenz infrage stellt. Das erste Argument ist zutreffend, denn bislang ist die Welt – glück-

licherweise – sowohl von einem umfassenden als auch regionalen Schlagabtausch mit Kernwaffen verschont geblieben. Hiroshima und Nagasaki waren lokale Ereignisse, bei denen die USA jeweils „nur“ eine Atombombe einsetzten. Es starben 136.000 Menschen. Der Praxistest für den nuklearen Winter steht indes noch aus.

Auch das zweite Argument ist zutreffend, wirft aber zwei Fragen auf. Warum droht Moskau mal verkläuselt, mal offen mit Nuklearschlägen? Will es nur die westliche Öffentlichkeit beeinflussen oder die USA bluffen? Oder spielt man mit der Option eines begrenzten, lokalen Einsatzes in der Hoffnung, das Geschehen danach kontrollieren zu können? Damit kommen wir zur zweiten Frage: Wäre eine solche Eskalation überhaupt kontrollierbar angesichts des damit verbundenen politischen Tabubruchs, der schwer vorhersehbare Reaktionen und Eigendynamiken? Man weiß es nicht.

Vom Ende her denken

Die Debatte über den nuklearen Winter schlief nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bald ein. Die Bedrohungslage hatte sich fundamental gewandelt, Europa schien unterwegs zum geeinten Kontinent. Die Risikoformel, basierend auf Intention und Fähigkeiten, hatte sich verändert: Die politischen Absichten galten in den 1990er Jahren als überwiegend friedlich und kooperativ. Die USA und Russland reduzierten ihr nukleares Vermögen, behielten aber bis heute je rund 6.000 strategische und taktische Atomsprengköpfe, die ihnen dank Modernisierung und verringerter Sprengkraft neue Einsatzoptionen ver-

schaffen. Die nuklearen Fähigkeiten sind also immer noch groß, während sich die Intentionen erneut verändert haben: von kooperativ auf konfrontativ.

„Bange machen gilt nicht“ und „Angst ist ein schlechter Ratgeber“, sagen nicht nur Befürworter der nuklearen Abschreckung, sondern auch viele derer, die aus politischen oder moralischen Gründen an der Seite der Ukraine stehen. Sie sollten dann aber auch die Konsequenzen ihres Handelns und Forderns vom möglichen Ende her denken. Man kann nicht einerseits trotz geringer Eintrittswahrscheinlichkeit auf die immensen Gefahren der zivilen Kernenergie verweisen und daraus die Notwendigkeit eines Ausstiegs ableiten und gleichzeitig trotz geringer Eintrittswahrscheinlichkeit die immensen Gefahren einer nuklearen Eskalation mit dem Argument ausblenden, die Ukraine brauche westliche Waffenhilfe bis zum Sieg.

Militärexperten erwarten nach der Lieferung weiterer reichender, zielgenauerer Rohrartillerie und neuer Flugabwehrsysteme, besonders aus den USA und Deutschland, eine ukrainische Gegenoffensive, um die russische Armee zurückzudrängen. Spekuliert wird über Siegesszenarien. Wie Präsident Vladimir Putin dann reagiert, weiß niemand. Wir wissen aber: Das Gesetz über den US-Verteidigungshaushalt 2021 enthält den Auftrag, eine Studie über den nuklearen Winter zu verfassen. Das Thema ist nach 30 Jahren wieder auf der Agenda. Hoffentlich nur in der Theorie!

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik